

## **Berufsfeld Parteien**

*Christian Demuth*

*Dr. Christian Demuth studierte Politikwissenschaft, Neuere/Neueste Geschichte und Deutsche Literaturwissenschaften in Augsburg und Wien. Er promovierte an der TU Dresden und arbeitete in verschiedenen Bereichen der Politischen Bildung und der Politikberatung. Seit 2007 ist er als Referent für Strategie, Grundsatzfragen und Analyse im Parteivorstand der Bundes-SPD tätig.*

Die Hauptarbeit in Parteien wird von ehrenamtlichen Mitgliedern sowie von den Abgeordneten in Parlamenten und Vertretungskörperschaften getragen. Daneben gibt es jedoch eine im Vergleich zur Mitgliederzahl kleine Gruppe an hauptamtlichen Mitarbeitern in den Parteien, oftmals abwertend als „Funktionäre“ bezeichnet, die als Referenten in den Parteigliederungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene (Bezirk- und Kreisebene) arbeiten.

Die Aufgabenprofile der Mitarbeiter der Parteien ergeben sich aus der Funktion der Parteien selbst:

- Unterstützung der Erarbeitung politischer Inhalte sowie von Strategien für die Einführung der politischen Ziele in den staatlichen Willensbildungsprozess.
- Organisation und Erstellung von Plattformen, Kampagnen und Material zur Kommunikation und Vermittlung politischer Inhalte gegenüber den Bürgern, verbunden etwa mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder der Gestaltung öffentlicher Veranstaltungen.
- Umsetzung der Mobilisierungsfunktion von Bürgern zur aktiven politischen Mitarbeit und zur Wahlbeteiligung durch die Organisation von Wahlkämpfen und der Unterstützung eines aktiven Parteilebens.
- Auf Bundesebene finden sich zudem einige wenige Referenten für Internationales für den Kontakt mit Schwesterparteien in Europa und der Welt.

Die Rolle der einzelnen politischen Referenten wird dabei oftmals unterschätzt: Sie sind zwar nur ausführende Personen der politisch legitimierten und gewählten Entscheidungsträger in den Parteien. Gleichwohl haben sie teilweise erheblichen Einfluss, indem sie Inhalte, Formate und Ideen vorstrukturieren und letztlich Rädchen im politischen System bilden, die abhängig von Position, Können und Einfluss der eigenen Person, aber auch von der Situation der Partei einiges in der Politik bewegen können. Der Einfluss der Parteizentralen ist daher naturgemäß in Oppositionszeiten stärker, weil in Zeiten der Regierungsarbeit der Einfluss der Ministerien oder der Regierungszentrale gegenüber den Geschäftsstellen steigt. Gleichzeitig können Parteizentralen sicherlich auch Sprungbretter sein für Jobs in Parlamenten und Ministerien.

Es bestehen dabei teilweise große Unterschiede zwischen Bundes- und Landesparteien, aber auch zwischen den verschiedenen Parteien selbst. Während die Parteizentralen des Konrad-Adenauer-Hauses (CDU) oder des Willy-Brandt-Hauses (SPD) weit über 100 Mitarbeiter beschäftigen, sind die kleineren Parteien – allein schon aufgrund geringerer Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen – gezwungen, ihre politische Arbeit stärker auf die Fraktionen des Bundestages und der Landtage zu konzentrieren. Bei den meisten großen Parteien orientiert sich die Bezahlung an dem Lohngefüge im öffentlichen Dienst.

Je größer die Parteizentralen, umso mehr finden sich dort Spezialisten; umso kleiner die Einheiten, um so mehr sind Generalisten gefragt. Folglich gibt es im Konrad-Adenauer-Haus oder im Willy-Brandt-Haus Experten für die verschiedensten Policy-Bereiche, etwa für Gesundheits- oder Arbeitspolitik, für die Weiterbildung innerhalb der Partei, für Eventmanagement und Öffentlichkeitsarbeit. Es gibt ebenfalls Generalisten beispielsweise im Bereich Kommunikation, Strategie und Grundsatzfragen; oder den Job der recht einflussreichen Büroleiter der einzelnen politischen Entscheidungsträgern, etwa der Parteivorsitzenden oder Generalsekretäre. Auf den unteren Ebenen der Parteien sowie in kleinen Landesverbänden stehen hingegen viel stärker Generalisten und Organisatoren im Vordergrund, weil wenige Personen ein riesiges Spektrum an Aufgaben umsetzen müssen. Hier geht es zudem – auch aus Zeit- und Ressourcenmangel – weniger um die Erarbeitung inhaltlicher Inputs, sondern eher um klassische politische Organisationsarbeit innerhalb der Partei.

Sowohl die Experten als auch die Generalisten können durch ein politikwissenschaftliches Studium wichtige Grundlagen erwerben – mehr allerdings auch nicht. Viel zu selten sind Themen wie Strategie oder politische Kommunikation zentraler Teil des Curriculums. Und auch Institutionen- sowie Policy-Analyse werden oft nur am Rand behandelt oder von den Studierenden als zu wenig wichtig erachtet bzw. nicht zielgenau für die politische Praxis gelehrt und angewandt. Politik und Politikwissenschaft scheinen oftmals nicht kompatibel. Einerseits müssten in der politischen Praxis viel stärker politikwissenschaftliche Instrumente angewendet werden, andererseits sind Politikwissenschaft und auch politikwissenschaftliche Forschung häufig nur bedingt hilfreich für den politischen Alltag der Parteiarbeit. Die Verschulung der Studiengänge durch die Einführung der Bachelorstudiengänge scheint ebenfalls nicht hilfreich zu sein, weil weniger die politikwissenschaftliche Kreativität und Sensibilität für Themen im Mittelpunkt stehen als vielmehr eher ein oberflächliches Arbeiten und Auswendiglernen. Notwendig wäre daher mehr Verständnis für politische Abläufe und in der Folge auch ein größerer Austausch zwischen Praktikern und Studierenden während des Studiums.

Allein ein gutes politikwissenschaftliches Studium führt daher nicht zu einem Job in Parteien. Zwar sind politikwissenschaftliches Wissen und Verständnis der Arbeit im politischen Prozess natürlich von Nutzen. Sie können aber nie die Erfahrung des politischen Engagements ersetzen. Auch deshalb finden sich unter den Referenten, neben Finanzexperten, Juristen und Grafikdesignern, eine Vielzahl von Politikwissenschaftlern – die ihr Studium häufig mit Kommunikationswissenschaft kombiniert haben – die sich vorher, und parallel, ehrenamtlich politisch engagieren, sei es in den jeweiligen Parteien oder auch in Gewerkschaften oder zivilgesellschaftlichen Organisationen. Zentral für einen Job in Parteien ist die Praxis-Erfahrung und das „Hineinfühlen“ in politische Prozesse: Es geht um die Verbindung von Öffentlichkeitsarbeit oder Organisationserfahrung mit politischem Engagement sowie der Kompetenz, politische Fakten auf einer Wertegrundlage in politisches Handeln umzusetzen. Der Einstieg über Praktika ist dabei gerade in größeren Geschäftsstellen nicht unüblich, weil gerade in Wahlkämpfen temporär mehr neue Mitarbeiter eingestellt werden, so dass hier immer wieder Optionen für eine Weiterbeschäftigung bestehen.

Noch förderlicher ist jedoch, sich in der Partei zu engagieren und über Netzwerke bei Jugendorganisationen, Partei und politischen Strömungen zu verfügen. Echte Quereinsteiger sind eher selten unter den Mitarbeitern der Parteizentralen. Dies ist auch funktionslogisch sinnvoll: Die politische Analyse in den Parteien sollte an Werte und normative Bewertungen gebunden sein. Sie sind eben nicht neutral oder offen für alle Positionen, auch wenn die Parteien in den letzten Jahren ähnlicher geworden sind. Allein politikwissenschaftliche Expertise und Intelligenz reichen deshalb nicht aus: Man sollte wenigstens in der Theorie ein klares Wertefundament haben, um in einer Partei erfolgreich arbeiten zu können; gleichzeitig ist der Ersatz von politischer Analyse durch Dogmatismus gleichermaßen fehl am Platz. Es wird im Allgemeinen von Referenten erwartet, dass sie Mitglied der Partei werden. Auch dies ist logisch, werden die Referenten in den Geschäftsstellen doch in der Regel über Mitgliedsbeiträge finanziert, so dass die meisten Mitglieder erwarten, dass die von ihnen bezahlten Referenten ebenfalls Mitglied der Partei sind.

